

# Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,  
27.02.2025, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

## Anwesend:

Ratsvorsitzender:	Dominik Helms
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeisterin:	Anke Kück
stellv. Bürgermeister:	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Norbert Ahlers
	Sascha Biebricher
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Anja Ender
	Karl-Heinz Funke
	Jan-Niclas Hollwege
	Johannes Klawon
	Timmy Kruse
	Lars Kühne
	Regina Mattern-Karth
	Dr. Christoph Meißner
	Siemtje Möller (ab TOP 5 öT)
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Georg Ralle
	Ralf Rohde
	Stefan Schäfer
	Gesche Wittkowski
von der Verwaltung:	Thomas Besse
	Heiko Eilers
	Olaf Freitag
	David Heimann
	Dirk Heise
	Marion Lübben-Groß
	Jens Neumann
	Ralf Splettstößer
	Michael Tietz

## Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12.12.2024**
- 4 Einwohnerfragestunde**
- 5 Hinzugewählte Mitglieder in dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport  
Vorlage: 020/2025**
- 6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
  - 6.1 Verwaltungsausschuss vom 13.02.2025**
    - 6.1.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften/Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wohnungsbau Varel vom 03.02.2025**
      - 6.1.1.1 Realisierung des Wohnungsbaus auf dem Grundstück Moorweg 14 in Varel; Öffentliche Ausschreibung durch den Eigenbetrieb Wohnungsbau zur Umsetzung der Maßnahme durch einen Investor  
Vorlage: 013/2025
    - 6.1.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel**
      - 6.1.2.1 Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten in der Wahlperiode vom 01.11.2026 bis zum 31.10.2031  
Vorlage: 218/2024
      - 6.1.2.2 Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Entschädigungssatzung  
Vorlage: 021/2025
  - 6.2 Verwaltungsausschuss vom 27.02.2025**
    - 6.2.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 24.02.2025**
      - 6.2.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2025  
Vorlage: 047/2025
- 7 Mitteilungen des Bürgermeisters**
  - 7.1 Genesungswünsche an den Ratsherrn Dr. Boos
- 8 Anträge und Anfragen**

## **Protokoll:**

## **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzender Helms eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, den Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler

Bürgerinnen und Bürger.

Die Ratsherren Dr. Boos, Brennecke, Cassens, Eilers, Kramer, Krieghoff und Rostek fehlen entschuldigt.

## **2 Feststellung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Helms stellt die Tagesordnung fest.

## **3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 12.12.2024**

Ratsvorsitzender Helms führt aus, dass Erster Stadtrat Heise fälschlicherweise in der Anwesenheitsliste genannt wird. Dieser war jedoch nicht anwesend und ist daher zu streichen.

Der öffentliche Teil des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 12.12.2024 wird mit der vorgenannten Änderung einstimmig genehmigt.

## **4 Einwohnerfragestunde**

Ein Bürger bezieht sich auf einen von ihm kürzlich eingereichten Fragenkatalog zum Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 und führt aus, dass die Fragen bislang nicht beantwortet wurden.

Für die Verwaltung antwortet Herr Neumann, dass der Fragenkatalog sehr umfangreich ist und der Bürger bereits darauf hingewiesen wurde, dass die Beantwortung noch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Antworten an den Bürger werden in schriftlicher Form erfolgen.

## **5 Hinzugewählte Mitglieder in dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport Vorlage: 020/2025**

### **Beschluss:**

Frau Svenja Böttcher (Vertreterin der Elternschaft) und Herr Christian Gripp (Ersatzmitglied) werden als hinzugewählte Mitglieder in den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport berufen.

### **Einstimmiger Beschluss**

## **6 Berichte und Anträge der Ausschüsse**

## 6.1 Verwaltungsausschuss vom 13.02.2025

### 6.1.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften/Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wohnungsbau Varel vom 03.02.2025

#### 6.1.1.1 Realisierung des Wohnungsbaus auf dem Grundstück Moorweg 14 in Varel; Öffentliche Ausschreibung durch den Eigenbetrieb Wohnungsbau zur Umsetzung der Maßnahme durch einen Investor Vorlage: 013/2025

Ratsherr Brumund hat Zweifel, ob diese Form der Wohnraumbeschaffung der richtige Weg ist und kündigt an, sich daher zu enthalten.

#### **Beschluss:**

Der Eigenbetrieb Wohnungsbau Varel wird beauftragt, zur Realisierung des Wohnungsbaus auf dem Grundstück Moorweg 14 in Varel eine Ausschreibung unter Berücksichtigung folgender Vergabekriterien vorzunehmen:

1. Baubeginn im Jahr 2025 und Bezugsfertigkeit zum 31.12.2026.
2. Mindestkaufpreis für das Grundstück (Gesamtgröße 1.525 m<sup>2</sup>) in Höhe von 86.500,- €.
3. Schaffung von ca. 400 qm Nettowohnfläche.
4. 1-geschossiges Gebäude mit ausgebautem Dachgeschoss und 8 Wohnungen sowie 2 Hauseingängen.
5. 4 Wohnungen mit mindestens 60 qm Nettowohnfläche und 4 Wohnungen mit mindestens 50 qm Nettowohnfläche.
6. Barrierefreie Bauweise mindestens im EG.
7. Mindestens ein Stellplatz je Wohneinheit sowie Unterstellmöglichkeit für Fahrräder.
8. Ein Außenabstellraum je Wohnung.
9. Ausführung gem. KfW-40-Vorgaben, d. h. Bereitstellung von Wärme und Warmwasser durch Wärmepumpe sowie Stromerzeugung durch PV-Anlage.
10. Die Wohnungen werden verbindlich über 30 Jahre Berechtigten nach DVO-NWoFG (mittlere Einkommen) zur Verfügung gestellt. Die Miete wird mindestens für die ersten drei Jahre auf 7,60 Euro je qm Nettowohnfläche beschränkt.

Zur Sicherung der Zweckbestimmung nach Punkt 10 wird für die Dauer der Belegungs- und Mietbindung i. H. v. 30 Jahren eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit im Grundbuch eingetragen.

#### **Einstimmiger Beschluss**

**Ja: 25 Enthaltungen: 1**

### 6.1.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel

**6.1.2.1 Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten in der Wahlperiode vom 01.11.2026 bis zum 31.10.2031  
Vorlage: 218/2024**

Ratsfrau Mattern-Karth führt aus, dass eine Reduzierung der Zahl der Abgeordneten zu Lasten der kleineren Parteien geht und die Fraktion B90/GRÜNE dem Beschlussvorschlag daher nicht zustimmen wird.

**Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 13.02.2025 beigefügte Satzung der Stadt Varel über die Verringerung der Zahl der Abgeordneten in der Wahlperiode vom 01.11.2026 bis zum 31.10.2031 wird beschlossen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 24 Nein: 2**

**6.1.2.2 Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL zur Entschädigungssatzung  
Vorlage: 021/2025**

Ratsherr Funke führt für die Fraktion ZUKUNFT VAREL aus, dass mit der vorgeschlagenen Änderung der Entschädigungs-Satzung ein Missbrauch unterbunden werden soll.

Er ist der Auffassung, dass die Stadt Varel und die anderen Städte und Gemeinden im Landkreis Friesland eine recht großzügige Entschädigungs-Satzung haben, auch im Vergleich zu Entschädigungs-Satzungen von Städten und Gemeinden in benachbarten Landkreisen. Er zitiert § 1 Abs. 3 Satz 1 der Entschädigungs-Satzung der Stadt Varel: Wird die Tätigkeit ununterbrochen länger als drei Monate aus Gründen, die der Empfänger der Aufwandsentschädigung zu vertreten hat, nicht ausgeübt, entfällt ab dem 4. Monat die weitere Zahlung der Aufwandsentschädigung.

Sodann führt er aus, dass Ratsherr Hollwege seit dem Beginn der laufenden Wahlperiode, also seit dem 01.11.2021, in vier Fällen mehr als drei bzw. vier Monate und in 2 Fällen mehr als fünf Monate nicht an Sitzungen des Rates der Stadt Varel und seiner Ausschüsse teilgenommen hat. Er persönlich hält dieses für ein unverantwortliches Verhalten. Etwas Vergleichbares ist ihm in mehr als 50 Jahren eigener Ratsmitgliedschaft nicht bekannt geworden.

Damit so etwas zukünftig nicht mehr ohne Folgen bleiben kann, ist aus Sicht der Fraktion ZUKUNFT VAREL eine Änderung der Entschädigungs-Satzung erforderlich. Auch dem Steuerzahler sei es nicht zuzumuten, dass jemand sein politisches Mandat allenfalls in einem nur geringen Maße wahrnimmt. Er führt aus, dass Ratsherr Hollwege seit dem Beginn der Wahlperiode in den vergangenen 39 Monaten lediglich an 15 Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse teilgenommen hat. Im gleichen Zeitraum hat Ratsherr Hollwege 7.020 Euro an Aufwandsentschädigungen erhalten. Er weist darauf hin, dass neben der Aufwandsentschädigung eine Fahrtkostenerstattung geleistet wird, die für Ratsmitglieder aus dem Gebiet der ehemaligen Gemeinde Varel-Land 30 Euro je Monat beträgt.

Er führt weiter aus, dass ein in dieser Sache mit dem Ratsvorsitzenden geführtes Gespräch ergebnislos geblieben ist. Er hätte sich gewünscht, dass die SPD-Fraktion das Gespräch gesucht hätte. Da es jedoch keine entsprechende Reaktion gab, habe man seitens der Fraktion ZUKUNFT VAREL den Antrag auf Änderung der Entschädigungssatzung gestellt.

Sodann geht er auf den von dem Ratsherrn Hollwege im Namen der SPD Varel gestellten Antrag auf Einführung von hybriden Videokonferenzen nach § 64 Abs. 3 bis 9 NKomVG ein. Er spricht sich gegen die Videokonferenztechnik aus und plädiert für eine Kommunikation von Angesicht zu Angesicht. Zudem sei es nicht einzusehen, viel Geld in eine Technik zu investieren, um einzelnen Personen eine Online-Teilnahme zu ermöglichen.

Er erinnert in diesem Zusammenhang an die ehemalige Ratsfrau Waegner, die ihr Ratsmandat im Jahre 2018 niedergelegt hat, nachdem sie anderswo ein Studium aufgenommen hatte.

Ratsherr Biebricher hält die Einführung von hybriden Videokonferenzen für notwendig, um es insbesondere jungen Menschen, die ihre Ausbildung zunehmend auch an auswärtigen Orten absolvieren, zu ermöglichen, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Er führt weiter aus, der Fraktion ZUKUNFT VAREL falle nichts anderes ein, als irgendetwas abzustrafen.

Ratsherr Bruns hat den Eindruck, die Fraktion ZUKUNFT VAREL fühle sich möglicherweise gekränkt wegen des Übertritts des Ratsherrn Hollwege von ihrer Fraktion zur SPD-Fraktion.

Er führt weiter aus, dass man sich durchaus am Leben in einer Stadt beteiligen kann, obwohl man unter der Woche auswärts arbeitet oder studiert. Seines Erachtens schließe man diesen Personenkreis ohne eine Möglichkeit zu einer Online-Teilnahme von einer kommunalpolitischen Betätigung ein Stück weit aus.

Ratsfrau Wittkowski führt aus, dass es der Fraktion ZUKUNFT VAREL darum geht, die Zahlung der Aufwandsentschädigung wieder stärker mit dem tatsächlichen Aufwand zu verknüpfen. Dadurch würden junge Menschen keineswegs von einer kommunalpolitischen Tätigkeit ausgeschlossen.

Ratsfrau Busch führt aus, dass sich die ehrenamtliche Tätigkeit von Kommunalpolitikern nicht allein auf Sitzungsteilnahmen beschränkt, sondern wesentlich vielfältiger ist. Sie kündigt an, den Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL abzulehnen.

Nach Ansicht des Ratsherrn Funke kann man nicht dagegen sein, über eine Entschädigungs-Satzung zu verfügen, die es eben nicht möglich macht, für ein Vierteljahr Sitzungen fern zu bleiben und dennoch durchgehend eine Aufwandsentschädigung zu erhalten.

Ratsherr Hollwege richtet sich an die Fraktion ZUKUNFT VAREL und führt aus, sie könne derzeit nur Fake News verbreiten oder SPD- und Mehrheitsgruppenfeindliche Berichte verfassen. Einige Mitglieder ihrer Wählergemeinschaft seien vorrangig damit beschäftigt, andere Personen in ein schlechtes Licht zu rücken. Er stellt einen Bezug zu einer im Deutschen Bundestag auf der rechten Seite sitzenden Fraktion her und betont, beide inhaltlich nicht gleichsetzen zu wollen.

Ratsvorsitzender Helms bittet den Ratsherrn Hollwege, zur Sache zu reden.

Ratsherr Hollwege empfindet den jetzigen Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL als eine Reaktion auf seinen Wechsel zur SPD-Fraktion. Bereits zum Zeitpunkt seiner Kandidatur für die Wählergemeinschaft ZUKUNFT VAREL sei bekannt gewesen, dass er berufsbedingt oft ortsabwesend sein wird.

Er führt weiter aus, dass es während seiner Zugehörigkeit zur Fraktion ZUKUNFT VAREL dort Überlegungen gegeben habe, einen ähnlichen Antrag zu stellen und zwar in Bezug auf die Sitzungsteilnahmen der Ratsfrau Möller.

Sodann stellt er dar, wie er in den letzten Monaten seine Ratstätigkeit außerhalb

von Sitzungen ausgeübt hat. Er nennt in diesem Zusammenhang Gespräche mit einem Filmemacher und Förderantragsteller, mit einem Vareler Geschäftsinhaber zur Behebung von Leerständen in der Vareler Innenstadt, mit Feuerwehrkameraden der Ortswehr Borgstede-Winkelsheide zu deren Einsatzkleidung, mit einem Gewerbetreibenden zur Verkehrssituation im Ortsteil Langendamm sowie mit Beschäftigten der Verwaltung der Stadt Varel. Zudem nennt er Recherchen zum Verkehrsverbund Niedersachsen-Bremen und Gespräche mit dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, mit dem Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius, und bei einem Bürgerdialog mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz. Des Weiteren nennt er einen Besuch eines Feuerwehrfahrzeugherstellers sowie ein Treffen mit ehemaligen Mitschülern.

Er fasst zusammen, dass es unzutreffend sei, wenn der Vorwurf erhoben würde, er wäre Varel untreu. An den Ratsherrn Funke gerichtet führt er aus: „Wer sich mit Untreue auskennen müsste, wissen sie am besten“.

Ratsfrau Dr. Engstler führt aus, dass Videokonferenzen mittlerweile zu einem Bestandteil vieler Berufsbilder gehören und hält es für an der Zeit, sich auch im Rat der Stadt Varel für diese Technik zu öffnen.

Ratsherr Müller hält es für unverschämt den Mitgliedern seiner Fraktion die Verbreitung von Fake News vorzuwerfen und fordert den Ratsherrn Hollwege auf, klar zu sagen, welche Äußerungen oder Stellungnahmen sich als unwahr herausgestellt haben. Zudem, so führt er aus, sei es ungeheuerlich, die Fraktion ZUKUNFT VAREL bewusst mit einer Partei in Verbindung zu bringen, mit der man nun gar nichts zu tun habe.

Angesichts der Ausführungen des Ratsherrn Hollwege stellt sich aus Sicht des Ratsherrn Funke die Frage, ob Varel noch sein Lebensmittelpunkt ist. Die vom Ratsherrn Hollwege aufgeführten Tätigkeiten stellen seines Erachtens nur einen Teil der klassischen Ratstätigkeit dar, zu der vor allem auch die direkte Auseinandersetzung zählt.

Ratsfrau Wittkowski führt aus, dass es zu der Zeit, als Ratsherr Hollwege noch der Fraktion ZUKUNFT VAREL angehörte, in der Fraktion ein Streitgespräch über Ratsfrau Möller gegeben hat. In diesem Gespräch habe Herr Hollwege ausgeführt, was er von der Kompetenz der Ratsfrau Möller als Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung hält. Den Inhalt dieses Streitgesprächs habe sie auch schriftlich.

Ratsherr Norbert Ahlers zeigt sich überrascht von der Auseinandersetzung, die seines Erachtens schon sehr ins Persönliche geht. Er hätte sich von der SPD-Fraktion mehr an inhaltlicher Argumentation zur Ratstätigkeit des Ratsherrn Hollwege gewünscht.

Sodann lässt Ratsvorsitzender Helms über die Beschlussvorlage abstimmen.

### **Beschluss:**

Die dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 13.02.2025 anliegende Satzung zur 1. Änderung der Entschädigungs-Satzung der Stadt Varel für die Ratsfrauen und Ratsherren und die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder vom 15.12.2011 wird beschlossen.

### **Mehrheitlicher Beschluss dagegen**

**Ja: 7 Nein: 16 Enthaltungen: 3**

## **6.2 Verwaltungsausschuss vom 27.02.2025**

### **6.2.1 Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen vom 24.02.2025**

#### **6.2.1.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2025**

##### **Vorlage: 047/2025**

Ratsherr Bruns dankt zunächst der Verwaltung für die umfangreichen Vorarbeiten und für die im vergangenen Haushaltsjahr erzielten Einsparungen in Höhe von ca. 700.000 Euro, was für einen sorgsam und disziplinierten Umgang mit den zur Verfügung gestellten Geldern spricht. Er geht kurz auf die Minderausgaben bei den Personalkosten im Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 850.000 Euro ein und führt aus, dass es der Verwaltung leider immer schwerer fällt, freie Stellen zeitnah zu besetzen, was ein Ausdruck des allgemeinen Fachkräftemangels ist.

Er hat kein Verständnis dafür, wenn behauptet wird, die Mehrheitsgruppe würde Tafelsilber verkaufen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Eine solche Aussage ist im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Reduzierung der Zahl der Spielplätze getroffen worden. Er weist darauf hin, dass das Vermögen der Stadt Varel in den letzten 12 bzw. 13 Jahren von 60 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro gesteigert werden konnte. Von einem Verkauf von Tafelsilber könne also keine Rede sein. Die derzeitige Pro-Kopf-Verschuldung liege deutlich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte und Gemeinden.

Zu den in der Öffentlichkeit genannten Unterhaltungskosten in Höhe von ca. 500.000 Euro für den Sportpark führt er aus, dass ca. 300.000 Euro davon auf Abschreibungen entfallen und sich die realen Unterhaltungskosten auf ca. 200.000 Euro belaufen.

Mit Blick auf die Kritik an der Nutzung von Fördermitteln erklärt er, dass die Fördergelder zu den Projekten kommen und nicht die Projekte zu den Fördermitteln. Von daher verfolge die Mehrheitsgruppe bei der Entwicklung dieser Stadt ein klares Ziel.

Er hebt die bereits getätigten und die noch geplanten Investitionen in die Vareler Grundschulen hervor und beziffert die Investitionssumme auf insgesamt 8,2 Millionen Euro.

Sodann geht er auf die Sanierung des Güterschuppens ein, für die erhebliche Fördermittel bewilligt worden sind, so dass die Stadt einen Eigenanteil von nur rund 100.000 Euro aufbringen muss. Mit diesem Projekt, so führt er aus, kann ein jetzt hässliches Gebäude zu einem modernen Fahrradparkhaus umgebaut werden. Als ein weiteres Beispiel für die sinnvolle Nutzung von Fördermitteln nennt er die Neugestaltung des Fuß- und Radweges an der Südender Leke. Die Maßnahme ist Teil des im Jahre 2022 beschlossenen Radverkehrskonzeptes.

Anschließend begründet er die Absicht der Mehrheitsgruppe den Hubschrauberlandeplatz auf dem ehemaligen Kasernengelände als Veranstaltungsfläche zu ertüchtigen. Aus Sicht der Mehrheitsgruppe gibt es seit der Erweiterung des familia-Marktes keine vernünftige Veranstaltungsfläche in Varel, sondern allenfalls improvisierte Dinge.

Danach geht er auf freiwillige Leistungen ein und nennt als Beispiele die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Stadtbibliothek, für die Vareler Windmühle, für die Integrationslotsen, für die Jugendarbeit und für die Vareler Bäder.

Abschließend führt er aus, dass einem die Wolken bei einem Ausblick in die Zukunft vielleicht etwas dunkler erscheinen mögen, aber dennoch Grund zu Optimismus besteht.

Ratsherr Neugebauer dankt der Verwaltung für die Beantwortung zahlreicher Fragen im Rahmen der vorausgegangenen Haushaltsberatungen.

Sodann führt er für die Fraktion ZUKUNFT VAREL aus, dass der vorliegende Haushalt für die kommenden Jahre nichts Gutes erahnen lässt. Das strukturelle Defizit ist und bleibt Realität.

Er geht auf die Kreisumlage ein, die mit über 20 Millionen Euro eigentlich viel zu hoch ausfällt, aber angesichts des Millionen-Defizits bei der Friesland-Kliniken gGmbH muss diese Kröte wohl geschluckt werden.

Er kritisiert den kurzen Zeitraum in dem die Haushaltsberatungen stattgefunden haben. Dadurch blieb den Fraktionen kaum Zeit für eine sachgerechte Beratung des Haushalts. Eine konstruktive Einbeziehung der Opposition sieht seines Erachtens anders aus. Sie scheint auch nicht gewollt zu sein.

Aus Sicht der Fraktion ZUKUNFT VAREL lässt der Haushalt keine ambitionierten Bemühungen der Mehrheitsgruppe um eine Verringerung des strukturellen Defizits erkennen.

Zu der geplanten Veranstaltungsfläche auf dem früheren Kasernengelände führt er aus, dass die Stadt unter Berücksichtigung von Fördermitteln immer noch rund 1/3 der Gesamtkosten zu tragen hat. Zusätzlich weist er auf die zu erwartenden Folgekosten hin. In diesem Zusammenhang erklärt er, dass die Folgekosten auch bei anderen Projekten mehr und mehr zur Belastung werden, so z. B. auch bei dem Sportpark. Eine Anfrage zu den Folgekosten für den geplanten Umbau des Güterschuppens konnte bislang nicht beantwortet werden.

Geplante energetische Maßnahmen, für die sich die Fraktion ZUKUNFT VAREL durchaus offen zeigt, sollten erst zur Umsetzung gelangen, wenn zuvor die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen nachgewiesen worden ist.

Er kritisiert die fehlende Schaffung von Gewerbeflächen. Im Haushaltsjahr 2024 wurden dafür zwar 500.000 Euro bereitgestellt, passiert ist jedoch nichts. Die Mittel mussten somit in das Haushaltsjahr 2025 übertragen werden.

Mit Blick auf die Wirtschaftsförderung führt er aus, dass hierfür jährlich fast 500.000 Euro zur Verfügung gestellt werden und stellt sich die Frage, für was eigentlich.

Er kritisiert den Personalzuwachs in der Verwaltung von 94 Stellen auf inzwischen 135 Stellen in der Zeit von 2016 bis zum Jahre 2025. Dieser Zuwachs lässt sich nur zum Teil durch die Übertragung von zusätzlichen Aufgaben durch den Bund und das Land erklären. Keine Notwendigkeit sieht er für die Stelle eines Pressesprechers und die Wirtschaftsförderung sei wenig effektiv.

Er bedauert es, dass keine Mittel für das Tivoli vorgesehen sind und fürchtet, es werde weiter verkommen, um es dann irgendwann zu verkaufen.

Sodann geht er auf die Entwicklung der Gesamtverschuldung ein, diese könnte sich von 18,4 Millionen Euro im Jahre 2025 auf 46,4 Millionen Euro im Jahre 2028 mehr als verdoppeln.

Er kritisiert in diesem Zusammenhang die zunehmende Aufgabenübertragung von Bund und Land auf die Kommunen ohne einen finanziellen Ausgleich.

Aus den vorgenannten Gründen lehnt die Fraktion ZUKUNFT VAREL den Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 ab.

Nach Ansicht der Ratsfrau Busch zeigt der vorliegende Haushalt deutlich, dass Varel vor großen finanziellen Herausforderungen steht. Das erwartete Defizit von etwa 1 Million Euro und die steigende Kreisumlage sind ernst zu nehmende Warnsignale. Ab dem Jahre 2027 wird ein Haushaltsausgleich ohne die Kreisumlage nicht mehr möglich sein. Dennoch, so führt sie aus, ist Varel nicht hand-

lungsunfähig. Sie verweist auf die wirtschaftliche Stärke Vareler Unternehmen und auf zukunftsorientierte Investitionen in Grundschulen, Kindertagesstätten und Infrastruktur.

Mit Blick auf die kommenden Haushalte spricht sie sich dafür aus, sich bereits jetzt Gedanken über eine Priorisierung der Themen zu machen, die für Varel und seine Entwicklung bedeutsam sind.

Sie sieht Varel als Wirtschafts- und Wohnstandort in Konkurrenz zu anderen Kommunen und hält die Stelle des Pressesprechers aufgrund dessen für notwendig.

Ratsherr Kruse schließt sich für die CDU-Fraktion den Ausführungen des Ratscherrn Bruns an. Er betont die Wichtigkeit der Investitionen in die Grundschulen, Kindertagesstätten und in die Infrastruktur.

Aus seiner Sicht gilt es, die Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzepts auch zukünftig zu vermeiden.

Er bedauert es, dass von der CDU-Fraktion eingebrachte Sparvorschläge bereits frühzeitig in der Öffentlichkeit förmlich zerrissen worden sind.

Ratsherr Norbert Ahlers erklärt für die Fraktion B90/GRÜNE, dass man den Haushalt für das Haushaltsjahr 2025 ablehnen wird. Er erinnert an die Diskussion um den Haushalt 2024 und die erfolgten Steuererhöhungen. Wie von der Fraktion B90/GRÜNE schon damals befürchtet, konnte das strukturelle Dilemma nicht behoben werden.

Von der Fraktion B90/GRÜNE im August 2024 eingebrachte Sparvorschläge haben keine Beachtung gefunden. Es gab keine Klausurtagung, keinen interfraktionellen Arbeitskreis, stattdessen einen Beschluss für ein unrentables Neubaugebiet „Logenkamp“.

Er kritisiert die aufgesummtten Haushaltsreste in Höhe von ca. 18 Millionen Euro und bedauert in diesem Zusammenhang, dass z. B. eine Teilsanierung des Tivolis oder eine Ausweitung der Kulturarbeit offenbar nicht beabsichtigt ist.

Er fordert einen Paradigmenwechsel, weg von dem fantasielosen Wachstumsgedanken, wie ihn die Mehrheitsgruppe und die FDP zelebrieren.

Bürgermeister Wagner führt aus, dass der Haushalt 2025 mit Augenmaß erstellt worden ist. Anzeichen für ein Bild eines Untergangs-Szenarios, wie es die Opposition zeichnet, sieht er nicht.

Er erinnert an die großen Herausforderungen, die es bereits zu bewältigen galt und nennt als Beispiele die Reduzierung des Defizits der früheren Kurverwaltung, die Umnutzung des ehemaligen Kasernengeländes und Finanz- und Wirtschaftskrisen.

Ratsherr Funke stellt fest, dass die Folgekosten dafür verantwortlich sind, dass es im Ergebnishaushalt nicht mehr gelingt, einen Spielraum zu schaffen, aus dem Investitionen finanziert werden können.

In finanziell schwierigen Zeiten muss man manchmal auch auf liebgewonnene Projekte verzichten. Diese Bereitschaft kann er bei der Mehrheitsgruppe nicht erkennen.

Ratsherr Norbert Ahlers stellt fest, dass er mit keinem Wort von einem Untergang gesprochen hat.

### **Beschluss:**

Die Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2025 sowie das Investitionsprogramm werden in der vorliegenden Fassung beschlossen. Die mittel-

fristige Ergebnis- und Finanzplanung wird zur Kenntnis genommen.

**Mehrheitlicher Beschluss**

**Ja: 18 Nein: 8**

**7 Mitteilungen des Bürgermeisters**

**7.1 Genesungswünsche an den Rats Herrn Dr. Boos**

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass er am heutigen Tage Genesungswünsche an den erkrankten Rats Herrn Dr. Boos geschickt hat. Er könnte sich vorstellen, dass dieser sich über weitere Genesungswünsche auch aus den Reihen des Rates sehr freuen würde.

**8 Anträge und Anfragen**

Keine Anträge und Anfragen.

Um 21:02 Uhr schließt Ratsvorsitzender Helms die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Dominik Helms  
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner  
(Bürgermeister)

gez. Thomas Besse  
(Protokollführer/in)